

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Kakaoindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Liliengasse Nr. 12.

Insertionspreis pro dreigezaltene Petitzeile 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

Volkshygiene und Kapitalismus.

Nachdem das Präsidium der Dresdner Hygiene-Ausstellung auf Betreiben kapitalistischer Scharfmacher die Heimarbeiterausstellung der Gewerkschaften als tendenziös abgelehnt hat, erscheint es wohl angebracht, den Gegensatz zwischen Volkshygiene und Kapitalismus etwas näher zu beleuchten.

Bei Betrachtung dieses Gegensatzes zeigt es sich denn, daß sich bei den heutigen Kulturbölkern zweierlei Strömungen bemerkbar machen. Während die eine Strömung, die sozialistische Richtung, darauf hinauszielt, zur Hebung der unteren Klassen zu einem menschenwürdigen Dasein beizutragen respektive sie anzukämpfen, sucht die andere, die kapitalistische Richtung, ohne Rücksicht auf ihre Nebenmenschen zu mühelosem Erwerb, zu Reichtum zu gelangen.

Im Gefolge der ersteren stehen nun eine Anzahl Vereine und Gesellschaften, besonders die Vereine für Volksgesundheit und die Naturheilvereine, deren Bestreben es ist, durch theoretische und praktische Belehrung die Masse vor den die Gesundheit schädigenden Einflüssen zu bewahren. Diese Bestrebungen können nicht hoch genug eingeschätzt werden, tragen sie doch zur höheren körperlichen und sittlichen Verbollkommnung eines Volkes bei.

Wie nun dem Arzte die Aufgabe zuteil wird, Krankheiten zu heilen, so ist es die erste und bedeutend höhere Aufgabe der Hygiene, solche zu verhüten. Da ist es nun besonders das Unternehmertum, das den Anforderungen der Hygiene hinderlich in den Weg tritt.

In den heutigen Menschen werden infolge der fortgeschrittenen Technik und der ganzen kapitalistischen Produktionsweise ungleich höhere Anforderungen gestellt, als dies früher der Fall war. Ein der Schule entwachsener Mensch muß mehr wissen, als früher von einem kleinen Beamten verlangt wurde. Zu dem allgemeinen Wissen, das heute bei jedem Menschen vorausgesetzt wird, kommt das Wissen für den Beruf oder das Vorkursstudium. Zeit ist Geld! heißt die Losung, unter der die Masse des Volkes vom Kapitalismus bis zum Ermatten gedrückt wird.

Not und Sorge, die steten Begleiter des gütigerzeugenden Arbeiters, zwingen ihn, sich zum gefügigen Werkzeug des Unternehmers zu machen. Wer die Macht besitzt, zieht den Nutzen. Je größer darum ein Unternehmen wird, je mehr Mehrwert sucht der Kapitalist herauszuwirtschaften. Um nun nicht hinter andern Standesgenossen zurückstehen zu müssen, versucht darum auch der kleinere Fabrikant durch unzulängliche Schutzvorrichtungen oder minderwertige Betriebsanlagen auf Kosten der Sicherheit und Gesundheit seiner Arbeiter einen Ausgleich zu schaffen. Die elendesten Räume, ohne genügende Licht- und Luftzufuhr, sind nach ihrer Ansicht gerade gut genug, um den Arbeitern als Werkstätte dienen zu können. Wie brutal dabei verfahren wird, hat sich am besten erst kürzlich bei den Verhandlungen über die Bäckereiverordnung im Reichstag gezeigt. Auch hier waren es gerade die Vertreter der Unternehmerklasse, die alle vorgebrachten unüberlegbaren Klagen der Bäckergehilfen über ungenügende Schlaf- und Arbeitsstätten als unbegründet zurückwiesen und sie obendrein als bloße Auswüchse verheerender sozialdemokratischer Treibereien bezeichneten.

Daß unter schlechten Arbeitsverhältnissen die Spannkraft der Nerven des einzelnen und der Gesundheitszustand großer Massen der Bevölkerung Schaden erleiden müssen, liegt auf der Hand. Im Ueberbietenmüssen der Arbeitsleistung, in diesem Kampfen und Hasten um die eigene Existenz liegt die größte Gefahr für das körperliche und geistige Wohlergehen und die Moral eines Volkes.

Wohl sagte der sächsische Staatsminister Bixthum, v. Eckstädt auf der Tagung des Direktoriums der Hygiene-Ausstellung am 12. Februar: „Die Not unserer Mitbürger ist es gewesen, die uns gelehrt hat, das Problem der Hygiene als ein gemeinsames, als ein öffentliches, als ein soziales zu empfinden: die Not hat uns erzogen zu sozialem Empfinden und sozialem Mitgefühl!“ Aber in Wirklichkeit handelt es sich hierbei nicht um die Allgemeinheit, sondern nur um das Wohlergehen der bevorrechteten Klassen. Dies zeigte sich eben bei der Ablehnung der Heimarbeiterausstellung der Gewerkschaften. Was kümmert die besitzenden Klassen die Not der Ärmsten? Aber mit Phrasendreschereien sind diese Leute stets bei der Hand, um mit schönen Reden Stimmung für kommende Zeiten zu erwecken. Viel hat der Staatsminister allerdings nicht erreicht, denn die Rede des Präsidenten der Ausstellung machte ungewollt alles zunichten. Der Geheimrat Lingner, einer der größten Industriellen Dresdens, führte zur Eröffnung der Ausstellung, der „Dresdner Volkszeitung“ zufolge, zur Beruhigung der Unternehmer folgendes aus:

„Eins möchte ich hier besonders hervorheben, um etwaigen Befürchtungen, daß die Ausstellung vielleicht Begehrlichkeiten in die Bevölkerung tragen könne, die finanzielle Belastung im Gefolge haben würden, den Boden zu entziehen: die persönliche Gesundheitspflege ist die wohlfeilste Kunst. Gerade der Wohlstand, das weiß jeder Arzt und jeder Hygieniker, ist oft die Quelle körperlichen Unbehagens und körperlicher Gebrechen. „Um gesund zu sein, muß man arm sein,“ sagte ein berühmter Autor. Tätigkeit und Mäßigkeit, mögen sie auch erzwungen sein, gewähren die sicherste Anwartschaft auf ein gesundes Leben und auf ein glückliches Alter.“

Klarer und deutlicher konnte die Brutalität des Kapitalismus von einem Vertreter des Unternehmertums nicht ausgesprochen werden. Der Begehrlichkeit der Massen muß ein Niegel vorgeschoben werden, um keine finanzielle Belastung der Unternehmer hervorzurufen, eine Belastung, die vom Schweiß der Arbeiter beglichen wird. Hier zeigen sich die wahren Triebkräfte dieser Herren, den Gewinn aus den Arbeitskräften auf der Höhe zu erhalten. Ist es nicht pure Heuchelei, zu behaupten, daß man arm sein müsse, um gesund zu sein? Klingt nicht die reine Verhöhnung der Armut daraus hervor? Wie glücklich, wie gesund könnte das Unternehmertum werden, ließe es seinen Arbeitern den vollen Ertrag ihrer Arbeitskraft zuteil werden — und wenn es würde selbst so tätig und mäßig sein, wie es von jedem Arbeiter verlangt wird?!

Gewiß gibt es Menschen, die die ihnen vom Glücke gereichten Wohlthaten nicht zu würdigen wissen, die Güter in solcher Menge besitzen, von denen der Arbeiter nur einen kleinen Teil haben möchte, und nach dem er sein ganzes Leben vergeblich trachtet, die der Besizende selbst verschleudert durch Spiel usw., wodurch er sich dann gewisse Sorgen aufladet. Aber die Sorgen der Armen um des Lebens Notdurft und Nahrung, die ihn bei Tage quälen und des Nachts nicht ruhen lassen, die ihn das Leben zur Pein machen, wenn Alter oder Krankheit an ihn herantreten, diese Sorgen sind doch bedeutend größere. Sie zehren am Mark des Lebens.

Hat den einzelnen aber der Unternehmer zu immer größerer Arbeitsleistung bei geringer Entlohnung gezwungen, so tritt als zweiter der Grundbesitzer auf den

Plan, der durch ins Fabelhafte gesteigerte Mieten einen großen Teil des sauer verdienten Lohnes für sich beansprucht.

Seit Jahrzehnten schon drückt die unmäßige Steigerung der Mietpreise schwer auf die produzierende Klasse. Nicht nur, daß die Arbeiter schon infolge schlechten Verdienstes auf vieles verzichten müssen, was zur Bequemlichkeit des Lebens dient, sie müssen auch noch mit hygienisch völlig ungenügenden Wohnungen vorlieb nehmen. Neben den gesundheitlich ungünstigsten Arbeitsverhältnissen sind es darum namentlich die schlechten, ungesunden Wohnungsverhältnisse, durch die die Proletarierkrankheiten gezüchtet werden. Es zeigt sich dies am besten aus den Statistiken über Wohnungsverhältnisse. So starben z. B. in einer größeren Stadt Deutschlands (Wreslau) nach angestellten Erhebungen über die Sterblichkeit 1906 in den verschiedenen Preislagen der Wohnungen von 1000 Lebenden: in Wohnungen bis zu M 300 20,7, in Wohnungen von M 301 bis M 750 11,2; Gesamtsterblichkeit der ganzen Stadt 17,06. Dies ist besonders wichtig um zu sehen, wie gerade in den kleineren Wohnungen der Prozentfuß ein bedeutend höherer ist; denn bei Wohnungen über M 750 betrug die Sterblichkeit gar nur 6,5.

Besonders auffällig ist aber gerade in solchen Fällen die ganz enorme Höhe der Sterblichkeit unter den Kindern armer Leute im Gegensatz zu den der Reichen.

Was nützen die größten Opfer, die von den Krankenkassen und Gewerkschaften für einen vorübergehenden Aufenthalt in einer Heilstätte geleistet werden, wenn der als gesundheitlich gebesserte oder als geheilt entlassene Arbeiter in seine schlechte Wohnung zurückkehren muß und die wiedererlangte Kraft dadurch aufs neue vernichtet wird? Hier muß gründlich Abhilfe geschaffen werden. Wurden doch gerade die kleinen, dumpfen Wohnungen, in denen Tuberkulöse mit Gesunden ihr Dasein verbringen, von Professor v. Lehden als die eigentlichen Herde, von denen sich die Krankheiten weiterverbreiten, bezeichnet. Es ist auch statistisch nachgewiesen, daß gerade die proletarische Bevölkerung bei eintretenden Epidemien am stärksten heimgegriffen wird, weil die schon angeführten Faktoren (Unterernährung, Brustkrankheiten usw.) die Widerstandsfähigkeit des Körpers geschwächt haben.

Aus all diesen Gründen muß die soziale Forderung auf hygienische Einrichtungen in den Betrieben, Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, von den Unternehmern, vom Staate aber und der Kommune die Inangriffnahme des Baues von hellen und luftigen Arbeiterwohnungen, die Vermehrung von öffentlichen Bädern und Spielplätzen, freie ärztliche Behandlung und kostenlose Verabreichung der Heilmittel ständig aufs schärfste gefordert werden. Es sind dies die nötigsten Forderungen, den Gesundheitszustand eines Volkes heben zu können, die Sterblichkeit in den Kinderjahren und der des mittleren Alters zu verringern, den volkswirtschaftlichen Stand der ganzen Nation aber auf eine gesunde Basis zu stellen.

Reichsversicherungs-Ordnung.

III.

Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Die das vierte Buch umfassende Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung entspricht ganz und gar nicht den gehegten Erwartungen. Weder eine Erhöhung, noch eine Erleichterung zum Bezuge der Invaliden- und Altersrenten hat die Reichsversicherungsordnung gebracht, dafür aber eine ganz und gar ungenügende Hinterbliebenen-Versicherung. Nur wenn der Empfänger der Invalidenrente Kinder unter 15 Jahren hat, so erhöht sich die Invalidenrente für jedes Kind um ein Zehntel, bis zum höchstens andert-halbfachen Betrage.

Diese Bestimmung gilt aber nur für diejenigen Empfänger von Invalidenrenten, deren dauernde Invali-

Die Invalidentente wird nach wie vor erst gewährt, wenn der Antragsteller zu zwei Dritteln arbeitsunfähig ist, die Krankenrente erst nach sechszwanzigwöchiger Krank-

Auf Krankenrente hat die Witwe nach sechszwanzigwöchiger Krankheit ebenfalls Anspruch, Waisenrente erhalten beim Tode des versicherten Vaters seine ehelichen, unter 15 Jahre alten Kinder und nach dem Tode einer Ver-

Falls nun die Ehefrau auch Beiträge zur Invalidenversicherung geleistet und die Anwartschaft aufrecht erhalten hat, so steht ihr beim Tode des Mannes ein Wittwengeld zu.

Das Heilverfahren kann in Zukunft außer von den Versicherten auch von den Witwen beantragt werden. Die

Ausgaben für das Heilverfahren sollen jedoch eingeschränkt werden.

Nach dem Einführungsgezet zur Reichsversicherungsordnung treten die Vorschriften des vierten Buches und die zu ihrer Durchführung erforderlichen andern Vorschriften der Reichsversicherungsordnung mit dem 1. Januar 1912 in Kraft.

Die Versicherungsanstalten haben einen Vorstand und Ausschuß. Für beide kommen Vertreter der Unternehmer und Versicherten in Betracht.

Die Beziehungen der Versicherungsträger zu einander und zu andern Verpflichteten.

Hier haben die Bestimmungen über die Unterstützung der Unfallverletzten nach Ablauf der 13. Woche durch die Krankenkassen (falls die Berufsgenossenschaft bis dahin nicht eingetreten ist) ihre Regelung gefunden.

Zum Schluffe regelt das sechste Buch dann noch das Spruchverfahren.

Zu begrüßen ist, daß in Zukunft alle Streitigkeiten auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung durch einheitliche Instanzen ihre Regelung finden.

a) Krankenversicherung:

1. um die Höhe des Kranken-, Haus- oder Sterbegeldes; 2. Unterstützungsfälle; in denen der Kranke nicht oder weniger als acht Wochen arbeitsunfähig war;

b) bei der Unfallversicherung:

1. um Krankenbehandlung oder Hauspflege; 2. Renten für eine Erwerbsunfähigkeit, die zur Zeit der Entscheidung des Refurserichtes unsreitig oder nach rechtskräftiger Fest-

c) Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung:

1. um Höhe, Beginn und Ende der Rente; 2. Kapitalabfindung; 3. Wittwengeld; 4. Waisenaussteuer; 5. Kosten des Verfahrens.

So sieht die „bielgepriesene Sozialreform“ aus, von der man seit Jahren so viel Aufhebens gemacht hat.

Die Reichsversicherungsordnung tritt, soweit es sich um Maßnahmen zu ihrer Durchführung handelt, sofort in Kraft.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1910.

II. Die Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle.

Die im Jahre 1910 stattgefundenen umfangreichen wirtschaftlichen Kämpfe werden zu der günstigen Entwicklung der freien Gewerkschaften wesentlich beigetragen haben.

Die Erfüllung dieser Pflichten erfordert häufig die Veranstaltung besonderer Versammlungen für die einzelnen Berufe seitens der Kartelle; es belief sich deren Zahl im Jahr 1910 auf insgesamt 1248.

In 86 Orten wurden keine Versammlungen abgehalten, doch ist in vielen Fällen diese Unterlassung auf Lokalmangel zurückzuführen.

Daß man mit dem schöffigen Mittel der Saalabtreiberi noch immer versucht, der Arbeiterbewegung Abbruch zu tun, geht aus der Tatsache hervor, daß im Jahre 1910 57 Kartelle eigene Versammlungsräume unterhielten (1909: 48).

Die Zahl der Arbeiterinnen-Agitationskommissionen ist von 29 auf 25 zurückgegangen, dagegen ist die Zahl der weiblichen Vertrauenspersonen bedeutend gestiegen, und zwar von 48 auf 80.

Von 128 Kartellen wurden zusammen 133 statistische Erhebungen veranstaltet. In 9 Fällen erstreckten sich dieselben auf die Feststellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Zur Ueberwachung der Arbeiterschutzbestimmungen bestanden 1910: in 139 Orten Beschwerdekommmissionen für Gewerbeinspektionsfachen, in 48 Orten Kommissionen zur Bekämpfung des fachen- und Logiswesens beim Arbeitgeber

In immer steigenderem Maße werden seitens der Kartelle die Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft gefördert. Das ist ein sehr erfreuliches Sympton und kann auf diesem Gebiete von den Kartellen noch viel dankbare Arbeit geleistet werden.

Tuffige Ecke.

Zu den Lohnbewegungen. Es ist bezeichnend, daß nach mehrjähriger Ruhezeit, seitdem der handwerkstreue Bäckerbund durch sein Erscheinen und Auftreten ein „Salt“ geboten, gerade in diesem Jahre vermehrt das Bestreben nach Lohnbewegungen zum Durchbruch kommt . . .

Hamburg. Dank der handwerkstreuen Bundesorganisation ist hier bekanntlich der Streik bald abgeschlagen . . .

Stuttgart. Auch hier ist ein Streik in Szene gesetzt.

Die Berliner Lohnbewegung. . . . Mit dem Streik macht der Verband mit jedem Jahre trübere Erfahrungen, vor allem diesmal in Berlin, und das Unikum in Lichtenberg, die neuerbaute Genossenschaftsbrotfabrik, wartete doch auch auf neue Kundschaft. . .

Berlin ist unser! . . . Wir aber können offen bekennen, daß das ganze Schauspiel, welches der Verband anlässlich der letzten Lohnbewegung aufgeführt hat, mit keinem Siege geendet hat, sondern mit demselben Fiasko wie 1904 und 1907 . . . Das ist gewiß eine schwere Niederlage, und der Bund und die Kleinbetriebe können ausrufen: Unser ist der Sieg! Berlin ist unser! . . .

Zur Lohnbewegung in Berlin. Der Streik ist beendet. Er ist wie seine Vorgänger für den Verband ins Wasser gefallen. . .

Die Streiks im Bäckergeterbe der Großstädte. Ein Wort an die Zweigverbandsvorsstände. . . Es muß dennach eine Organisation geschaffen werden mit „Germania“-verbände, die wenig Geld kostet und dennoch tatkräftig wirkt bei etwaigen Streiks der Großstädte. . .

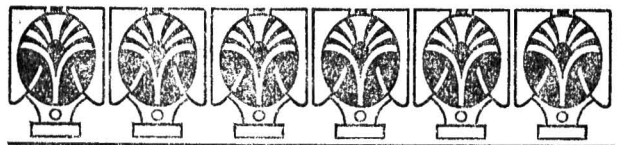
Jede Innung, die Bahnverbindung mit der Streikstadt hat, soll dann sofort für die nötige Backware Sorge tragen, die die bedrohte Großstadt braucht. Jede Kleinbäckerei, wo der Meister allein arbeitet, oder mit einem oder zwei Lehrlingen, oder einem Gesellen, ob auf dem Lande oder in der Stadt, bäckt bei Mobilmachung des Zweigverbandes sofort Backware für die betreffende Großstadt. Für die Bezahlung

der zu liefernden Backware ist die Innung, wo der Streik ausgebrochen ist, haftbar. Es erhält jeder Bäckermeister statt des ortsüblichen Rabatts von 15 pSt während der Streikzeit einen Rabatt von 20 bis 25 pSt. Für die Transportkosten hat die Großstadt Sorge zu tragen, ebenso für die Verpackung. Brot kann ja in Säcken verpackt werden, wogegen Backware in Pappkartons zu verschicken wäre. Diese Einrichtungen wären Sache der Großstädte, darin liegt die Organisation, ebenso die Unterhandlungen mit der betreffenden Bahndirektion über Frachtsätze. Auf diese Art wird die Großstadt, z. B. Berlin, Hamburg, in kurzer Zeit mit Backware versorgt; die Gesellen, die streifen wollen, können in Ruhe aufhören, die Bäckerfamilien führen ebenfalls ein ruhiges Leben während der Streikzeit, sparen während der Streiks die Gesellenlöhne und warten in Ruhe, bis die Herren Gesellen sich die Sache überlegt haben. Tritt der Boykott in Kraft, so kann derselbe nicht so wirken wie jetzt, da ganze Stadtbezirke in Großstädten ihre Ware von auswärts beziehen und folgedessen keine Gesellen beschäftigt werden. Z. B. könnte Groß-Berlin seine sämtlichen Gesellen entlassen bei Lohnifferenzen; der Zweigverband Brandenburg würde bei einer strammen Organisation sofort für Backware sorgen und könnte man alle Großbetriebe der Provinz, wo viel Gesellen arbeiten, ruhig von der Lieferung ausschließen; es brauchten nur Kleinbetriebe zu arbeiten. . .

Lohn für letzte Gehilfen beträgt pro Woche M. 23, für verantwortliche mehr. Wer jetzt schon M. 21 erhält, bekommt eine Zulage von M. 2. Notwendige Ueberstunden werden mit 60 % vergütet. ...

Fabrikbranche.

Tariffbewegung in der Schokoladenfabrik „Falter“, Tangermünde. Das beschäftigte Personal in der Schokoladenfabrik „Falter“ unterbreitete dem Unternehmer einen Tarifvertrag zur Reformierung der zurzeit bestehenden überaus niedrigen Löhne. ...



Korrespondenzen.

Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Einwendungen müssen mit dem Zahlstückenstempel versehen und vom Vorsitzenden gegenzeichnet sein.)

Bäcker.

Erfurt. Am 18. Juni fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Nachdem die Abrechnung vom Monat Mai und der Kartellbericht gegeben waren, nahm zum Punkt „Verschiedenes“ der Vorsitzende, Kollege Urbach, das Wort. ...

Hersford. Noblesse der Bäckerinnungs-Krankenkasse. Sucht da der Herr Obermeister Pottebohm durch die „Frierische Zeitung“ einen Konditorgehilfen für seine Bäckerei per 24. Mai für M. 50 und bei völlig freier Station, ohne Abzüge für Krankenkasse und Invalidität. ...

Fabrikbranche.

Herr Harry Trüller in Celle und die Organisation. Wie sehr Herr Trüller die organisierten Arbeiter liebt, geht aus einem seiner neuesten Fabrikblätter hervor, in dem es heißt, daß er den Beschäftigten, mit Ausnahme derjenigen, welche dem Bäcker- und Konditorenverbände angehören, ...

glaubt also, durch Geldzuwendungen die Gesinnung seiner Arbeiter beeinflussen zu können. Ein sehr anständiges Beginnen!

Sozialpolitisches.

Aufgehobenes Boykotturteil. Der Zweigverein Berlin des Verbandes der Friseurgehilfen Deutschlands wehrt sich gegen Tarifbruch der mit ihm im Vertragsverhältnis stehenden Geschäftsinhaber durch Verhängung der Boykottsperrre für seine Mitglieder. ...

Der Beklagte habe durch die Sperrenotizen in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise dem Kläger vorzüglich Schaden zugefügt. Die weite Verbreitung des „Vorwärts“, des zur Bekanntmachung gewählten Organs, dem gelesesten Blatt der Arbeiterbevölkerung Groß-Berlins, lasse darauf schließen, daß die Mitteilung nicht bloß unter den Interessenten, sondern unter dem Publikum überhaupt bekannt werden sollte. ...

Gewerkschaftliche Rundschau.

Eine Auflage von 50 000 hat jetzt die Verbandszeitung des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter erreicht. Die Organisation der Brauereiarbeiter wurde 1891 aus dem früheren unternehmerfreundlichen Verband der Brauer geschaffen und 1893 auf alle Brauereiarbeiter ausgedehnt. ...

k. Achter internationaler Textilarbeiterkongreß. In der Woche vom 12. bis 17. Juni fand in Amsterdam der achte internationale Textilarbeiterkongreß statt. Der Textilarbeiter-Internationale gehören die freien Textilarbeiterverbände aus England, Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Belgien, der Schweiz, Dänemark, Holland, Ungarn, Bulgarien, Schweden und Serbien an. ...

gegen die Kriege und die Rüstungen anzuschließen und eine Bewegung zu entfachen, die dahin führt, daß jedesmal, wenn die herrschenden Klassen aufzuredern zu einem großen Krieg, die Arbeiter aller Länder ihnen zurufen: „Schlagt euch selbst! Wir haben keine Veranlassung, unsere Knochen für euch zu Markte zu tragen.“ ...

Allgemeine Rundschau.

Die deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1910. Die Gründungsstätigkeit war in Deutschland im abgelaufenen Jahre eine etwas stärkere als im Jahre vorher. Nach den Bekanntmachungen des „Reichsanzeigers“ wurden 1910 186 Gesellschaften mit einem Nominalkapital von 241,3 Millionen Mark gegründet, gegenüber 179 Gesellschaften mit 230,8 Millionen Mark Kapital im Jahre 1909. ...

Weitere 340 Gesellschaften erhöhten ihr Aktienkapital um 599,4 Millionen Mark, während in 100 Gesellschaften Kapitalherabsetzungen in Höhe von 64 Millionen Mark vorgenommen wurden. Davon entfielen 1,8 Millionen Mark auf den Rückkauf von Aktien (12 Gesellschaften); die restlichen 62,2 Millionen Mark fielen durch Sanierungen aus, stellten also Kapitalverluste der Unternehmer dar. ...

Table with 3 columns: Category, Zahl, Aktienkapital in Millionen Mark. Rows include Tätige Gesellschaften, Gesellschaften in Liquidation, and Gesellschaften in Konkurs.

Für die Arbeiterinnen.

Der Deutsche Bund für Mutterschutz. Der Deutsche Bund für Mutterschutz, Ortsgruppe Berlin, erstattet jeden den Bericht über das Geschäftsjahr 1910/1911. Nach den schweren Kämpfen und Erschütterungen, die der Bund im vorletzten Jahre durchzumachen hatte, war nach den Beschlüssen der Generalversammlung vom 7. Mai 1910, die den alten, so festig angegriffenen Vorstand in seinem Amte bestätigte, nunmehr wieder die Möglichkeit jählicher, erzieherischer Arbeit geschaffen. ...

Die praktische Arbeit des Bundes erhielt eine besondere Förderung durch eine Spende von M. 20 000, die von ungenannten Freunden der Bewegung für die Schaffung eines Schwangerenheimes, das mit einem Kinderheim verbunden sein sollte, zur Verfügung gestellt wurde. Die bisherige Leiterin der praktischen Arbeit und des Mutterheimes in der Tauentaustraße, Frau Franziska Schulz, übernahm die Verwaltung der Stiftung und auch die Mietung und Einrichtung des neuen Heims in Pantow, das also jetzt vom eigentlichen Bunde getrennt geführt wird, aber in engen Beziehungen zu ihm steht. ...

